



Beim Thema **Gewerbsteuer** fühlten sich viele heimische Unternehmer bereits im Jahr 2013 über Gebühr zur Ader gelassen. „Es reicht“, heißt es jetzt, nachdem weitere Anhebungspläne auf dem Tisch liegen. Die Stadtverwaltung verweist auf Verpflichtungen aus dem Entschuldungspakt – und auf Effekte, die dafür gesorgt haben, dass die Kommune trotz steigender Erträge am Ende mit weniger dasteht. Fotos: Koppe

Wirtschaft warnt vor Steuererhöhung

Branchenvertreter befürchten, dass heimische Firmen in Reaktion auf eine neuerliche Gewerbsteuer-Anhebung abwandern könnten

Von Kai Koppe

CUXHAVEN. Pläne für eine neuerliche Gewerbsteuererhöhung stoßen in Wirtschaftskreisen auf entschiedenen Widerstand. Das Maß sei voll, lautet der Tenor eines gemeinsamen Briefes, mit dem sich Vertreter von Handelskammer, Handwerk, Unternehmens- sowie Hotel- und Gaststättenverband an Kämmerei und Ratspolitik wenden.

Wählergemeinschaft „Die Cuxhavener“ und AfD sollen sich nach den Worten der Unterzeichner gegen eine Anhebung gewandt haben, wovon sich die Appelle der Wirtschaftsvertreter primär an die aus CDU/FDP, SPD und Grünen bestehende Mehrheitskooperation richten: Im Falle einer rückwirkend für 2018 geltenden Gewerbsteuererhöhung könne der Schuss nach hinten losgehen können, warnen die Branchensprecher. „Es gibt tatsächlich einige Betriebe, die sagen: Es reicht!“, versicherte IHK-Geschäftsführer Jochen Werwath am Mittwoch in einem Pressesgespräch. Nach sei-

nen Angaben hat das ein oder andere in Cuxhaven ansässige Unternehmen bereits deutlich gemacht, dass eine Verlagerung des Geschäftssitzes (beispielsweise in die Gemeinde Wurster Nordseeküste) unter solchen Umständen sehr wohl in Betracht komme.

„Das Soll übererfüllt“

Betriebswirtschaftliche Erwägungen würden, wenn es hart auf hart käme, schwerer wiegen als die auf der emotionalen Ebene angesiedelte Verbundenheit zum Standort Cuxhaven – darauf machte die Chefin der Cuxhavener Kreis-Handwerkerschaft, Yana Arbeiter, deutlich: „Wir haben unseren Beitrag bereits erbracht; das Konsolidierungsziel ist erreicht“, betonte Arbeiter und bezog sich damit auf die zwischen der Stadt Cuxhaven und dem Land Niedersachsen geschlossenen Stabilisierungsvereinbarung. Das 2016 unterzeichnete Papier hatte der finanziell gebeutelten Kommune eine Alt-schulden-Tilgungshilfe in Höhe von 187,5 Millionen Euro zugesichert. Im Gegenzug verpflichtete sich die Stadt dazu, ihre Einnah-



Erhöhungsgegner: Kristian Kamp (Dehoga), Yana Arbeiter (Handwerkerschaft), Lutz Machulez-Hellberg, Markus Heinig (UVC), Jochen Werwath (IHK).

mesituation zu verbessern: Grundsteuern wurden erhöht und die Einführung einer Übernachtungssteuer beschlossen. Darüber hinaus sah der Vertrag vor, dass Cuxhaven Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer erzielt.

„Genau im falschen Moment“

Wie UVC-Geschäftsführer Markus Heinig mitteilte, ist das mit dem Land ausgehandelte „Soll“ schon heute „übererfüllt“ worden – ganz ohne eine neuerliche Ge-

werbesteuererhöhung. Umso verständlicher ist es aus Sicht der heimischen Wirtschaft, dass die Verwaltung vorschlägt, erneut an der Steuerschraube zu drehen: Auf 445 Hebesatzpunkte soll der für die Berechnung der Steuer-schuld anzulegende Faktor steigen; das bedeutet, dass der Obolus, den Cuxhavener Unternehmen zu leisten haben, effektiv um rund sechs Prozent wächst. „Das fehlt dann bei der Investitions-kraft“, betonten Werwath und der

Dehoga-Stadtverbandsvorsitzen-de Kristian Kamp. Auf dieses Dilemma hinzuweisen, sei eigentlich Aufgabe eines Chef-Wirtschafts-förderers, hieß es in der Runde in Anspielung auf die Vakanz an der Spitze der örtlichen Agentur für Wirtschaftsförderung.

Die heimische Ökonomie sei als „junge, dynamische Pflanze gerade auf einem sehr guten Weg; für IHK-Vizepräsident Lutz Machulez-Hellberg kommt die geplante Steuererhöhung „genau im falschen Moment“. Unter dem Strich hat die aktuellen Debatte aus Sicht der Wirtschaftsvertreter höchstens ein Gutes: „Sie hat uns zusammengeschweißt“, hieß es am Mittwoch.

Sicht der Stadt

Die Stadt begründet die Gewerbe-steuererhöhung mit den Nebeneffekten der guten Ertragslage, insbesondere im Jahr 2016: Höhere **Umlagebe-träge** mussten an den Kreis abgeführt werden. Gleichzeitig verlor Cuxhaven dadurch die Möglichkeit, eine **Bedarfszuweisung** zu erhalten.